



Berlin aktuell-

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für Pforzheim und den Enzkreis

Menschen in Moria muss geholfen werden

Der Brand in dem Flüchtlingslager auf der griechischen Insel Lesbos hat das Schlaglicht auf die völlig inakzeptablen Zustände in Moria gerichtet. Leider sahen viele EU-Staaten bislang keinen Handlungsbedarf. Dieser Handlungsbedarf ist jetzt da. Die Menschen aus Moria müssen verteilt werden und ihre Asylanträge sind jetzt schnellstens zu bearbeiten. Zudem müssen wir Griechenland dabei unterstützen, die Zustände in den Lagern deutlich zu verbessern. Deutschland hat in der Vergangenheit vielen Flüchtlingen geholfen und wir sind auch jetzt dazu bereit. Ein deutscher Alleingang wäre aber verkehrt. Innenminister Seehofer muss auf seine Amtskollegen einwirken, damit sich möglichst viele EU-Staaten an der Aufnahme beteiligen. Das ist Teil der deutschen Ratspräsidentschaft. Wir brauchen eine europäische Lösung, bei der jene Staaten, die helfen, aus dem EU-Haushalt dafür entschädigt werden. ■

Abmahnungen werden eingeschränkt

Der Bundestag hat gestern das Abmahnrecht geändert und dabei insbesondere die Arbeit von sog. „Abmahnvereinen“ beendet, die einzig mit dem Ziel gegründet wurden, eine Vertragsstrafe einzutreiben. Auch bei uns in der Region sind immer wieder Fälle aufgetreten, wo Unternehmen wegen kleinster Fehler, beispielsweise im Impressum ihrer Homepage völlig überhöhte horrenden Vertragsstrafen an obskure Vereine zahlen mussten. Mit diesem Unwesen ist jetzt Schluss. Zudem wurde bei Abmahnungen wegen Verstößen gegen die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) die mögliche Vertragsstrafe drastisch vermindert.

In dem Gesetz werden die Anforderungen an abmahnbefugte Wettbewerber und Verbände deutlich nachgeschärft, so dass der Kreis der Abmahnbefugten insgesamt eingeschränkt wird. Auch wird die bisherige Praxis des sog.

„fliegenden Gerichtsstands“ einschränkt, bei dem sich der Abmahnende aussuchen konnte, vor welchem deutschen Gericht er seine Forderungen geltend macht. Für die betroffenen Unternehmen hatte dies oft sehr weite Wege zu den Gerichtsterminen zur Folge.

Zur Gewährleistung eines fairen Wettbewerbs sind Abmahnungen unverzichtbar. Wir haben jetzt aber dafür gesorgt, dass der Missbrauch dieses Instruments beendet wird. Das ist eine gute Nachricht gerade für unseren Mittelstand und das Handwerk. ■

Investitionen kommen schneller zum Zug Neues Gesetz beschleunigt Modernisierung

Der Bundestag hat mit der Debatte über das „Investitionsbeschleunigungsgesetz“ begonnen. Hinter dem langen Namen steht eine Maßnahme, durch die einfacher, effizienter, transparenter und schneller geplant und gebaut werden kann. Bei der Umsetzung von Infrastrukturvorhaben – wie der Digitalisierung von Bahnstrecken oder der Verlängerung von Bahnsteigen – steckten bisher viele davon lange in den Verwaltungen fest oder wurden durch Gerichtsverfahren verzögert. Durch das neue Gesetz werden Genehmigungen beschleunigt, Prozesse entschlackt und Gerichtsverfahren abgekürzt. Endlich kann schneller geplant und gebaut werden – dafür haben sich die Unionsparteien mit aller Kraft eingesetzt.

Für überregional wichtige Infrastrukturprojekte – etwa aus dem Bundesverkehrswegeplan oder dem Mobilfunkausbau – wird gesetzlich ein Sofortvollzug angeordnet. Das heißt: Nach Genehmigung durch die zuständige Behörde kann sofort losgelegt und gebaut werden – denn die aufschiebende Wirkung von Widersprüchen oder Anfechtungsklagen entfällt dann. ■